

Kemberger Zeitung

vormal's General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Alliiertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt: Beitragslos. / Beilagenpreis: 10 — M., das Ausland, zusätzlich Postgebühr. / Streifen usw. enthält jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Anzeigenzeile 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unentgeltlich. / Anzeigenpreis oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagenpreis: 10 — M., das Ausland, zusätzlich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 57

Donnerstag, den 14. Mai 1931

33. Jahrg

Waldbrandgefahr.

Zum Schutze unserer Wälder wird darauf hingewiesen, daß das **Rauschen, Fortwerfen, unvorsichtige Santhaben oder Fallenlassen von brennenden Gegenständen** innerhalb der Wälder verboten und mit schweren Strafen bedroht ist.

Kernberg, den 11. Mai 1931.

Die Polizeiverwaltung.

Wer im Staatsforst **Tornau** in diesem Jahre **Beeren und Pilze** sammeln will, wird aufgefordert, sich bis zum 25. Mai in der Stadtschreiberei zu melden.

Kernberg, den 11. Mai 1931.

Der Magistrat

Biehhegenentfähdigungsbeiträge.

Das Verzeichnis der **beitragspflichtigen Biehalter** liegt vom 14. Mai bis 28. Mai in der Stadtschreiberei zur Einsicht der Beteiligten aus.

Kernberg, den 11. Mai 1931.

Der Magistrat.

Deutsche Außenpolitik.

Die deutschen Vertreter können diesmal wohl mit gutem Gewissen zur Wälderumsetzung nach Genf gehen, aber sie stehen vor Aufgaben der schwierigsten Art. So wohl die Abrüstungsfrage wie die deutsch-österreichische Zollunion werden zu Erörterungen führen, bei denen man die Gefahr sich scheiden sehen wird: Frankreich und seine Alliierten werden zusammenstehen, das von ihnen geschlossene System der Friedensverträge zu erhalten, und es wird sich zeigen, wer von den anderen den Mut besitzt oder besitzen kann, sich gegen Frankreichs Vorherrschung zu wehren und das Recht Deutschlands und Österreichs anzuerkennen. Ein glücklicher Umstand wird für Deutschland wirken: das Nichtaufhandeln des französisch-italienischen Flottenpatts hat im letzten Augenblick von neuem ein Geheiß Englande und Rußlands gegen Frankreich geschaffen. Man ist bei uns nur allzu gern geneigt, solche Gelegenheiten, wie sie im letzten Jahrzehnt wiederholt vorhanden waren, in die deutsche Rechnung einzuflechten und womöglich in ein englisch-italienisches-deutsches Zusammengehen oder gar Bündnis gegen Frankreich zu glauben. Es ist zwar ungewis, vor allem von militärischer Seite, so eindringlich darauf hingewiesen worden, daß ein Bündnis mit Italien für uns ein großes Phantom sein würde. Daß zu einem Bündnis mit England keinerlei Möglichkeit besteht, sollte eigentlich jedes Kind in Deutschland wissen, aber die politischen Nichtwissendheiten werden deshalb nicht aufhören. Wenn man sich in den Kreisen, wo man so gern von Bismarck spricht, den einen Satz bedenken wollte, den Bismarck stets seinen Ueberlegungen zu Grunde legte: alle deutsche Politik nach dem Maß der uns gegebenen Kräfte einzuflechten. Wäre die deutsche Politik der nachbismarckischen Zeit solche Wege gegangen, so wäre der Gang der deutschen Geschichte sicherlich ein anderer geworden, als wir ihn nun zu gehen haben.

Die deutsche Vertretung in Genf wird von der Berechnung unserer Kraft ausgehen müssen. Dies Recht ist behaupten, auch wenn das Recht auf unserer Seite ist. Kein anderes Mitglied des Völkerbundes wird sich nur um des Rechtes willen für uns einsetzen. Wenn England und Italien für uns eintreten sollten, so wird es geschehen, um dadurch den Druck auf Frankreich in Sachen des Flottenpatts zu verstärken. Aber darin liegt auch sofort eine Gefahr. Frankreich wird wahrscheinlich an irgendeiner Stelle Zugeständnisse machen müssen, und es wird sie an der Stelle machen, wo sie am meisten schaden. England und Italien wollen in ihrem Interesse nachgiebigkeit Frankreichs in der Flottenfrage, und gibt Frankreich hierin nach, so wird es seinerseits dann Zugeständnisse von den beiden anderen verlangen.

Für Frankreich ist die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion wahrscheinlich viel wichtiger als die Flottenfrage; denn kommt die Zollunion zustande, so bildet sie — und darin liegt so die ganze Furcht Frankreichs — ein wirtschaftlich bedingter militärischer Vorposten, nach dem Südosten ausgreifender Machtpol, der von Frankreichs politischer Vorherrschung nicht mehr abhängig sein würde. Wir Recht sieht Frankreich das Ziel der Friedensverträge dadurch bedroht, denn dieses Ziel, das ist nach Deutschlands Wiederverkauf zu verhindern, die Vorherrschung Frankreichs in Europa zu erhalten. Die französische Politik ist ungewislich im höchsten Maße unaufrichtig — was Frankreich Frieden und Sicherheit nennt, ist nichts anderes als seine Vorherrschung und Deutschlands Niederhaltung. Die französische Politik geht freilich damit Wege, die ihr auf die Dauer niemals genügt haben und auch jetzt nichts nützen werden, denn die Vorherrschung Frank-

rechts ist, wie die gegenwärtige Lage zeigt, auch für England und Italien unannehmbar. Aber jeder Teil wird mit seinen Mitteln das Unannehmbare abzumildern streben, und deshalb wird Deutschland in Genf vor allem auf sich selber angewiesen sein. Wir dürfen auch deshalb nicht zu viel erhoffen, weil die Minderheitenfrage und der dauernde Streit mit Danzig die Polen zu Schülern aller Gesinnungen gegen Deutschland machen werden; die Scheiternswahrscheinlichkeit wird in der Sorge, durch eine deutsch-österreichische Zollunion politisch erdrückt zu werden, mit Frankreich und Polen bis zum äußersten zusammenstehen.

Aber ein Blick ist es doch, daß alle diese Fragen vor den Augen der ganzen Welt verhandelt werden müssen. Was auch hinter den Kulissen vorgehen mag — es muß doch ein jeder auch öffentlich Rechenschaft über seine Politik ablegen. Die deutsche Politik braucht diese Öffentlichkeit nicht zu scheuen; benachteiligt der deutsche Außenminister im Januar in Genf seine Kraft zum Angriff gegen Polen in der Minderheitenfrage, so gelang es ihm, jetzt hofentlich, in geschickter Verrückung der deutschen Politik alle nur denkbaren Gründe wirtschaftlicher Vernunft und deutschen Selbstbestimmungsrechts in die Waagschale zu werfen.

Preussischer Landtag.

Dritte Beratung des Haushaltsplans.

Berlin, 12. Mai.

Der Preussische Landtag überweist zu Beginn seiner Sitzung zunächst einen Antrag der Staatspartei gegen die Preispreiserhöhung dem Landwirtschaftsausschuß. Auf der Tagesordnung steht der kommunalistische Antrag, der die sofortige Aufhebung des Verbots der „Roten Fahnen“ fordert. Der kommunalistische Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Das Haus beginnt hierauf die dritte Beratung des Haushaltsplans mit der allgemeinen Aussprache über das Haushaltsgesetz und den Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten.

Innenminister Söeving

das Wort, der daran erinnert, daß der Vorschlag der Verschwendungssticht von den Gemeinden auch den Reichs- und Staatsbehörden gemacht worden ist. Es habe keinen Sinn, jetzt nach den Sünden der Vergangenheit zu forschen; es sei richtiger, alle Kräfte auf die Besserung der Finanzen zu konzentrieren. Wir halten an der Sozialpolitik fest und lassen an ihren Grundlagen nicht rütteln, weil sonst die Grundlagen für den Bestand des Reiches erschüttert würden. Wenn wir den verflochtenen Winter verhältnismäßig gut überstanden haben, so verdanken wir das in erster Linie unserer Sozialpolitik (Beifall). Der Minister nimmt dann den Polizeipräsidenten von Döppel gegen Zentrumsbeschwerden aus Anlaß einer kommunalistischen Demonstration in Schutz und teilt mit, daß gegen eine Zeitung, die in diesem Zusammenhang den Polizeipräsidenten beleidigt hat, Strafantrag gestellt worden ist.

Im Verlaufe der Parteiführungen forderte Abg. L u k a s o w i c h (Dnt.) die Beilegung des jetzigen Regierungshandels in Preußen und eine schärfere Bekämpfung der Freidenkerbewegung.

Abg. J ü r g e n s e n (Soz.) verlangte eine schleunige Revision des Bauplans, die schärfste Bekämpfung der Erhöhung der Gehaltsuntergrenze und die Durchführung einer Arbeitszeiterkürzung.

Abg. Dr. F a h e n d e r (Ztr.) verlangte schärfste Einschreiten gegen Beschimpfungen der Kirche durch den Bund der Gottlosen. Die Jugend müsse besser geschützt werden.

Abg. Dr. R e u m a n n (D. Vp.) beschwerte eine weitere Verschlechterung des Stats.

Abg. B a e t e r - Berlin (Landvolk) erklärte, die Offiziere sei zu beschuldigen, ebenso dürfe mit der Tributzustellung nicht gewartet werden.

Die Weiterberatung wurde danach auf Dienstag vertagt.

Braun über die Osthilfe.

Berlin, 13. Mai.

Der Preussische Landtag nimmt zunächst die dritte Beratung des Polizeiverwaltungsgesetzes vor. In der Aussprache weist Abg. Dr. M a r c h t (Dnt.) darauf hin, daß das Polizeiverwaltungsgesetz im Ausschuss eine jüngere Aufnahme gefunden habe, als die meisten anderen von der Regierung vorgelegten Verwaltungsgesetze. Keuzerst bedenklich sei der Wegfall des ordentlichen Rechtsweges und die Einschaltung des Bezirksausschusses für gewisse Entscheidungen. Abg. v. C o e n n e r (Dnt.) hält die Vorlage für die ganz deutsche Rechtsentwicklung für außerordentlich gefährlich. Bedenken unklar sei die Auslegung des Begriffes des der Polizei auferlegten pflichtmäßigen Ernehmens für ihr Eingreifen. Der Redner begründet einen Entschließungsantrag, der verlangt, daß die nach dem Gesetz den Bezirksausschüssen überlassene Entscheidung in Streitfragen in der Form eines ordentlichen Gerichtsverfahrens erfolgt. Abg. Dr. H a m b u r g e r (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratie wolle der Polizei nur diejenigen Befugnisse geben, deren sie zum Schutz der gegenwärtigen Staatsform und zur Bevölkerungserhaltung bedarf. Diesen Bedürfnissen entspreche das vorliegende Gesetz, ohne daß es die Rechte des Staatsbürgers beeinträchtigt. Das

vorliegende Gesetz bedeute einen Fortschritt auch hinsichtlich des Schutzes der Staatsbürger gegen Polizeivillkür. Abg. B i e t e r (Dt. Hann.) wendet sich gegen die Vorlage. Sie greife beeinträchtigt die Rechte der kleinen Städte. Sie greife der geplanten Reform vor. Abg. H e f e r m a n n (Ztr.) meint, die Sozialdemokraten hätten mehr Grund als die Deutschen, insofern sie gegen dieses Gesetz zu werden, das die Staatsmacht besser stabilisiere, ohne die Rechte des Staatsbürgers sehr zu beeinträchtigen. Abg. R e h l i s d o n f (Ztr.) tritt für die Vorlage ein und legt sich mit den Ausführungen des Abg. v. C o e n n e r auseinander. Das neue Gesetz liege nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch der Bürger, denen die Polizei zu dienen habe. Abg. K e l l e r (Landvolk) erklärt, das vorliegende Gesetz beeinträchtigt die Befugnisse des Landvolkes nicht, wenn es auch auf manchen Gebieten Fortschritte bringe.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. In der Einzelberatung wird das Wort nicht verlangt.

In der dann fortgesetzten dritten Beratung des Haushalts nimmt

Ministerpräsident Braun

das Wort. Wenn immer wieder behauptet wird, daß die preussische Verwaltung die Durchführung der Osthilfe hemme oder verhindere, so muß ich diese Behauptung als ganz beweislose Verächtlichkeit auf das allerhöchste zurückweisen. Es handelt sich hier doch um ganz gewaltige Leistungen. So große Geldmittel könne der Staat nur hergeben, wenn die Gewerbe geboten sei, daß die Mittel lediglich angewandt werden. Diese Verantwortung könne die Regierung nicht von sich abwälzen, wenn auch der einzelne Landwirt gelegentlich klage, daß er das Geld nicht schnell genug erhalte. Die Mittel stammten doch von der Allgemeinheit und sie dürften nicht nutzlos vergeudet werden. Die Erfahrungen, die in der ersten Zeit der Ostpreußenhilfe gemacht worden seien, mahnten zur Vorsicht. (Sehr wohl! links.)

Die Verteilung des Geldmaterials und die Erziehung des Kredit wurde gefordert, wenn aus politischen Gründen Maßnahmen gegen die preussische Finanzverwaltung gefordert werden.

Der Ministerpräsident wendet sich dann zu der Kritik an seiner Sportplatz-Rede: An dem sachlichen Inhalt meiner Ausführungen hat kein Gegner etwas aussetzen können. Ich werde bei künftigen sozialdemokratischen Kundgebungen solcher Art den Besatzhalten nahelegen, sie müssten recht die schwarz-rot-goldene Fahnen zeigen, weil das von den Deutschnationalen und Volksparteiern dringend gewünscht wird. (Große Heiterkeit.)

Beim Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung verlangte Abg. K e l l e r (Dt. Hann.) ein Vorgehen der Regierung als Aufsichtsbehörde gegen die finanzielle Miswirtschaft in den Gemeinden.

Die Haushaltsberatung wird dann unterbrochen zur Vornahme der zurückgestellten Abstimmungen über das Polizeiverwaltungsgesetz.

Bis auf den § 17, der die Zwangsmitteilung der Polizei zur Vorführung usw. behandelt, werden sämtliche Paragraphen in einfacher Abstimmung angenommen. Der § 17, über den auf deutschnationalen Antrag namentlich abgestimmt wird, findet mit 215 gegen 135 Stimmen Annahme. Im wesentlichen werden die Beschlüsse zweiter Beratung durch die Abstimmungen zur dritten Beratung bestätigt. Abgenommen wird lediglich ein Änderungsantrag der Regierungspartei zu § 20. Die Änderung befragt, daß die vom Minister erteilten Polizeiverordnungen der Zustimmung des Landtags bedürfen.

Die Schlussabstimmung ist auf Antrag der Kommunisten namentlich. Es ergibt die Annahme des Gesetzes mit 236 gegen 135 Stimmen. Für das Gesetz haben außer den Regierungsparteien die Wirtschaftspartei sowie ein Teil der Deutschen Fraktion gestimmt.

Gegen 17 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr, vertagt; außerdem Kroll-Vertrag.

Reichskabinett über die Genfer Tagung.

Neue Anordnungen Anfang Juni? Berlin, 13. Mai.

Das Reichskabinett hat keine außenpolitischen Beratungen, die am Montag abgehalten wurden, wieder aufgenommen. Es handelt sich hierbei ausschließlich um die Fortsetzung der Aussprache über die bevorstehenden Genfer Verhandlungen des europäischen Studienkomitees und des Völkerbundesrates, über die Dr. Curtius am Vortage eingehend berichtet hat.

Die Beratungen der Reichsregierung über die Sanierung des Reichshaushalts und der Sozialversicherung werden erst nach Genf aufgenommen werden. Bis dahin sollen die zuständigen Ressorts ihre Vorbereitungen treffen. Es verläutet, daß der Reichsfinanzler die Absicht hat, zur Verwirklichung der auf diesem Gebiet geplanten Reformmaßnahmen die Zeit zwischen Pfingsten und der Abreise nach Chequers, die auf den 4. Juni angelegt worden ist, zu benutzen. An unterrichteten Kreisen richtet man sich mit der Veröffentlichung einer entsprechenden Notverordnung nunmehr für die ersten Tage des Juni, nachdem ursprünglich dafür Mitte Juni in Aussicht genommen war.

Keine Fahrflächigkeit.

Die Brotpreispolitik des Reichsernährungsministeriums.
Berlin, 13. Mai.

Von unterrichteter Seite wird zu den Angriffen des „Nordwärts“ gegen die Brotpreispolitik des Reichsernährungsministeriums erklart:

Von einer Fahrflächigkeit bei der Behandlung der Brotpreispolitik könne keine Rede sein, weil der Reichsernährungsminister auf Grund der Festlegung keinerlei Zwangsmittel in der Hand habe. Er habe aber durch die Verhandlungen mit den Mühlen und den Bäckern die Brotpreispolitik um 3 Pfg. erhöht, an die die meisten kaum geglaubt haben.

Nach dieser Brotpreispolitik seien die Angriffe des „Nordwärts“ lediglich noch parteipolitisch zu verstehen. Zu dem Hinweis auf die Preisgestaltung bei den Brotfabriken wird darauf hingewiesen, daß es in der Entscheidung der Kommissionen läge, das Brot nicht weiter von Fabriken zu beziehen, sondern von den zu einem billigeren Preise liefernden Bäckern. Für eine Einfuhrnahme auf die Brotpreisgestaltung außerhalb Berlins habe das Reich keine ausführenden Organe. Es könnten und würden wohl gewisse zentrale Maßnahmen ergriffen werden, insbesondere würde dafür gesorgt werden, daß keine Verknappung der Versorgung eintritt, die praktische Einfuhrnahme auf die Brotpreisgestaltung im Lande sei aber Sache der Länder und der Gemeinden. Die Angriffe des „Nordwärts“ entpanden offensichtlich dem Bedürfnis, aus parteipolitischen Gründen im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag der Sozialdemokratie in Leipzig für die Agrar- und Ernährungspolitik des Reiches eine laudinisches Joch zu errichten.

Um die Düngemittelbeschaffung.

Bürgerschaft des Reichs und Preussens.
Berlin, 12. Mai.

Um Störungen in der Frühjahrsdüngemittelbeschaffung von nollebenden landwirtschaftlichen Betrieben der Provinzen Ostpreußen, Pommern, Grenzmark, Brandenburg, Posen, Schlesien und Westfalen nach Möglichkeit zu beseitigen, haben Preußen und Reich gegenüber dem Stoffkartell-Verband, dem Deutschen Kali-Syndikat, dem Verein der Thomasmehlzeuger und der Deutschen Superphosphat-Industrie einschließlich der Kali-Chemie A.G. eine an die Zwischenhandelsstellen (Handel und Genossenschaften) weiterzuleitende Bürgschaft von je 30 v. H., zusammen 60 v. H. des Wertes der an die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe gelieferten und zur Frühjahrdüngung bis zum 15. Juni verwendeten Düngemittel bis zur Höhe von insgesamt 8,5 Millionen Reichsmark, oder nicht über 60 v. H. des im Einzelfall entfallenden Ausfalles hinaus, übernommen, sofern die Bestellungen von den genannten Düngemittelorganisationen in der Zeit vom 12. Mai bis 15. Juni 1932 angenommen sind.

Die Genfer Tagung.

Vor den Verhandlungen über die Zollunion.
Genf, 13. Mai.

Außenminister Stimson hat dem Generalsekretär telegraphisch mitgeteilt, daß die juristische Abordnung erst am 16. Mai zur Teilnahme an den Beratungen des Europa-Ausschusses in Genf eintreffen wird. Die Verhandlungen beginnen bereits am Vormittag des 15. Mai; es muß daher damit gerechnet werden, daß die Ausprache über das deutsch-österreichische Zollabkommen, die zu den wirtschaftlichen Fragen gehört, zu denen Sowjetrussland allein eingeladen ist, erst am 16. Mai nachmittags beginnt. Unter diesen Umständen hält man es hier für unmöglich, daß die Tagung bereits am Sonnabend zu Ende gehen wird.

Am Montag, den 18. Mai, beginnt die Ratstagung. Man rechnet infolgedessen damit, daß entweder der Beginn der Ratstagung verschoben wird, oder auch am Sonntag Sitzungen des Europa-Ausschusses stattfinden. Es wird erwartet, daß die Beratungen über das deutsch-österreichische Zollabkommen im Europa-Ausschuß mit den Erklärungen Schobers (siehe Curia) beginnen werden, an die sich dann die Mitteilungen Briands über die französischen wirtschaftlichen Pläne anschließen werden.

Ueber die Ernennung des Berichterstatters für das deutsch-österreichische Zollabkommen im Rat sind zur Zeit noch diplomatische Verhandlungen im Gange.

Der Berufung Grandis zum Berichterstatter wird auf englischer und französischer Seite Widerstand entgegengebracht mit der Begründung, Grandis sei in dieser Frage interessierte Partei und könne demnach nicht mit der Berichterstatterfunktion beauftragt werden. Auf französischer Seite wird der Wunsch geäußert, daß die Berichterstatterung dem norwegischen Gesandten in Paris, Colb a n, übertragen wird, der bekanntlich jahrelang Leiter der Minderheitenabteilung des Wälderbundes war und während seiner Tätigkeit auf starken Widerstand in deutschen Minderheitkreisen stieß. Als Berichterstatter kommt ferner der irische Herr Außenminister in Frage.

Die erste Zusammenkunft zwischen Grandis und Henderson soll nach hier vorliegenden Mitteilungen bereits am Mittwoch stattfinden und wird in erster Linie der Erörterung der Zollfrage und des deutsch-österreichischen Zollabkommens gelten.

Die Kandidatur Briands.

Frankreichs Vertreter auf der Ratstagung.
Paris, 13. Mai.

Die offizielle Kandidatur Briands für die kommende Präsidentschaftswahl beschäftigt die Pariser Presse außerordentlich stark. Bemerkenswert hierbei ist allerdings, daß die Wähler in ihren Urhebungen sehr vorsichtig sind und bereit für Briand noch für Doumer Stellung nehmen. Zwischen den Zeilen kann man allerdings die Genugtuung der Einspreizer lesen, daß Briand sich nun doch endlich entschlossen hat, seine Kandidatur aufzugeben. Man betont auch sehr als bisher, daß man in den beiden Gegnern den Kandidaten der Rechten und den Kandidaten der Linken sehen könne.

Ueber die Vorgeschichte der Briandschen Entscheidung wird bekannt, daß der Außenminister noch in den frühen

Nachmittagsstunden des Montag sich zum Senatspräsidenten begeben hatte, um ihm mitzuteilen, daß er endgültig auf die Aufstellung seiner Kandidatur verzichte. Auf Drängen der Einksgruppen der Kammer und des Senats nahm der Außenminister wenige Stunden später die Kandidatur nur unter der Bedingung an, daß sich die Abordnung auch zum Staatspräsidenten begeben, um ihm die Gründe auszusprechen, die ihn von der Annahme bewegen hätten. Donner antwortete hierauf, daß ihm die Gründe nicht befrechtigt erschienen, daß er die gleichen Gründe für die Aufrechterhaltung seiner eigenen Kandidatur beanspruchen könne. Hennesch, den man nach der Stellungnahme Briands ebenfalls um seine Meinung befragte, erklärte, daß er seine Kandidatur aufrechterhalte.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man die Kandidatur des ehemaligen Landwirtschaftsministers nicht ernst. Er könne außerdem höchstens im zweiten oder vielleicht erst im dritten Wahlgang in Frage. Angesichts der beiden außergewöhnlich stark im Vordergrund stehenden Persönlichkeiten Briand und Doumer ist kaum damit zu rechnen, daß es zu einem zweiten Wahlgang kommt.

In parlamentarischen Kreisen regnet man heute allgemein mit der Wahl Briands und wirft deshalb auch schon jetzt die Frage auf, wer den Außenminister auf der kommenden Ratstagung vertreten wird.

Es scheint festzuhalten, daß Briand nach seiner Wahl wenigstens vorübergehend nach Genf reisen wird, um Abschied von seinen Mitarbeitern im Europa-Ausschuß zu nehmen. Die amtlichen Vertreter des Reiches auf der kommenden Ratstagung werden der Ministerpräsident Canal und der Wirtschaftsminister Rein. Briand wird aber auf keinen Fall sein Amt als Außenminister vor der Präsidentschaftswahl niederlegen.

Zunehmende Radikalisierung.

Scharfe Maßnahmen der Regierung.
Madrid, 13. Mai.

Die spanische Regierung gab zwei bedeutungsvolle Bekanntmachungen heraus. In der ersten wird die vorläufige Schließung sämtlicher Biersälen in Spanien angeordnet. Die zweite Bekanntmachung bezieht sich auf die Ereignisse des Sonntags. Die Regierung habe sich, so heißt es darin, in den letzten 24 Stunden außerordentlich gemäßig gezeigt, sie wolle aber jetzt den Bestand der Republik mit allen Mitteln verteidigen. Sie hoffe dabei auf die Unterstützung des Volkes, aus dessen verschiedenen Schichten sie unabhängige Botschaften der Unabgängigkeit erhalten habe. Die Regierung erklärt, sie habe den Kriegszustand ausruhen müssen zum Schutze der Republik, deren Jugend Leben gleichermäßen von rechts und von links bedroht sei. Die Straßenpropaganda kommunistischer Elemente und das Erscheinen roter Flaggen mit Sowjetzeichen nimmt zu.

Im Ministerrat erschien eine Abordnung unter Führung des Reichsamteilers Rada, der sämtlich den Führermajor Franco auf seinem Ansuchen begleitet hat. Sie überbrachte, angeblich im Auftrage des Volkes, folgende Forderungen:

1. Auflösung der Julijarde, 2. Lösung des spanischen Nationalistenführers Dr. Albinana, 3. Hausdurchsuchung in allen Aöhlern und größeren Zeitungen nach Waffen, 4. Sofortige Einziehung von Volksgewehren, 5. Rücktritt des Innenministers Maura. Ein Mitglied der Abordnung verlangte sogar die Freilassung des marokkanischen Freischützers Abd el Krim, der bekanntlich von den Franzosen auf der Insel Réunion gefangen gehalten wird.

Deutsche Tageschau.

Troß Arbeitsmarktlastung mehr Wohlfahrtsverwehle.

Im scharfen Gegensatz zum Rückgang der Arbeitslosen in Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürge steht — wie der Deutsche Söbdttag mitteilt — das erneute Answachsen der Wohlfahrtsverwehle im Laufe des April. In den Söbden mit mehr als 95 000 Einwohnern mußten von den Wohlfahrtsämtern Ende April rund 750 000 Wohlfahrtsverwehle laufend unterstellt werden. Hieron erhielten rund 65 000 Söbderfürge. Gegen den Vormonat ist damit eine weitere Zunahme der Wohlfahrtsverwehlosen um rund 40 000, d. h. um 5,4 v. H., zu verzeichnen, die sich teils aus der rigorosen Ausgliederung aus der Arbeitslosenfürge am 28. März, teils aus der sich ständig verschärfenden strukturellen Einengung des Arbeitsmarktes erklärt.

Offizielle Besprechung in der Reichstanzel.

In der Reichstanzel hat eine Besprechung über die Durchführung der Offiziellen stattgefunden, an der außer dem Reichstanzler und dem Minister Treutmann die Staatssekretäre Bänder, Schäfer, Krüger und Abegg sowie Präsident Klepper von der Pressenstelle teilnahmen.

Reichsrat genehmigt Milchgesetz.

Gemäß Vorschlägen der Ausschüsse.

Das Plenum des Reichsrates befaßte sich mit der Verordnung über das Inkrafttreten des Milchgesetzes. Die Ausschüsse haben beschlossen, das Milchgesetz mit Ausnahme des Paragraphen 38 am 1. Januar 1932 in Kraft zu setzen. Für die restwirkungskunde Durchführung der langwierigen Vorarbeiten soll die Ermächtigung des Paragraphen 38 schon

am 15. Mai 1931 in Kraft

treten. Uebergangsvorschriften regeln die Erlaubnisfähigkeit der Milchhandelsbetriebe, die bereits bei Inkrafttreten des Milchgesetzes bestehen.

Die Bestimmung: „Milch von Kühen, die infolge einer Infektion mit dem Abortusbazillus Bang erkrankt sind oder deren Bazillus mit der Milch ausscheiden, darf nur, wenn sie erkräftigt ist, in den Verkehr gebracht werden.“ dient der Randwirtschaft selbst, da diese Milch vom Verkehr überhaupt ausgeschlossen werden kann. Die Erbringung kann auch in einer Sammelmolkerei vorgenommen werden.

Der Berichterstatter erläutert ferner die Mindestanforderungen für die bauliche Gestaltung der Viehhöfe und die Reinlichkeit in allen Betriebsräumen. — Die Ausführungsbestimmungen sollen nach der Ausschussbeschlüssen gleichfalls am 1. Januar 1932 in Kraft treten.

Gemäß den Vorschlägen der Ausschüsse wurden beide Verordnungen vom Plenum des Reichsrates genehmigt.

Zum Himmelfahrtsfest.

Das Himmelfahrtsfest, dem wir entgegengehen, gilt im Leben der Menschen allgemein als Fest der Freude. Man pflegt Gefeelligkeit und Unterhaltung, man gibt der Fröhlichkeit sich hin, man wandert hinaus in die Natur, um an ihr sich zu erfreuen, und gemäß löst ja gegenwärtig die Frühlingszeit hinaus, in der Natur sich zu ergehen und sie zu bewundern. Diese Freude an der Natur, die am Himmelfahrtsfest vielleicht in besonderer Weise sich geltend macht, soll aber vertieft werden dadurch, daß der Blick auf Gott gerichtet ist, daß man Gott ficht in der Natur, und wenn das Himmelfahrtsfest an sich ein Fest der Freude ist, so ist es doch, recht verstanden eine Freude, die in Jesus begründet ist. Der Tag der Himmelfahrt, er war einst zunächst für ihr ein Tag der Freude, und an dieser Freude haben auch die Seimigen, die durch den Glauben und die Liebe mit ihm verbunden sind, inneren Anteil. Der Himmelfahrtsfest bedeutete für Jesus eine Seimfahrt, wie er es vorher gelang hatte zu den Jüngern, daß er zum Vater gehe, und wie ein Kind sich freut, wenn es nach langer Zeit des Auenthaltes in der Fremde wieder zurückkehrt ins Elternhaus, so freute sich gleichsam auch Jesus, als er am Tage der Himmelfahrt beheimkehrte zu seinem himmlischen Vater. Für die Jünger Jesu freilich war der Tag der Himmelfahrt zunächst ein Tag des Schmerzes und der Traurigkeit, denn es war ein Tag des Abschieds. Da war ganz naturgemäß ihr Herz auf den Ton der Traurigkeit gestimmt. Aber der Herr tröstet sie, zunächst auf den heiligen Geist, den er ihnen senden würde, und der auch nach seiner Himmelfahrt die Verbindung zwischen ihm und ihnen herstellen sollte, wie er verheißt hatte: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.“ Der Tröster, der heilige Geist, sollte ihnen gleichsam Ersatz bieten für das, was sie durch seine Himmelfahrt verloren hatten, er sollte ihnen zugleich Kraft geben für die großen Aufgaben, die für sie bevorstünden. Aber der Herr gibt seinen Jüngern auch die Aussicht und Hoffnung auf ein Wiedersehen, wie er es ihnen zusicherte: „Ich will auch wiederkommen und euer Herz soll sich freuen, und eure Freude soll niemand von euch nehmen“, und an anderer Stelle spricht er von einer Wiedervereinigung in der Ewigkeit: „Wenn ich erhöht sein werde von der Erde, mich ich alle nach mir ziehen.“ Das ist aber auch die Hoffnung aller gläubigen Christen, denn mit Jesu vereint zu sein, wie wir es im Glauben fingen: „Auf Christi Himmelfahrt allein ich meine Nachfahrt gründe.“ Diese Hoffnung und Aussicht hat freilich zur Voraussetzung den Glauben an ihn und die Gemeinschaft mit ihm, nur seine Glieder will er nachholen, wie es im Himmelfahrtsfest heißt. Diese Hoffnung schließt weiter die Aufgabe in sich, den Blick allezeit auf Jesum zu richten, der im Himmel ist, zum Himmel zu wandern als dem Ziel unseres Erdenlebens und in diesem Sinne zu bekennen:

Himmelan, dich himmelan,

Das soll meine Sehning bleiben,

Ich will allen euren Wahn

Durch die Himmelsluft vertreiben.

Himmelan ficht mir mein Sinn

Bis ich in dem Himmel bin.

Werner Hüms.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 13. Mai 1931.

* Am Sonntag, den 19. Juli, findet hier das Unterbezirksturnfest statt.

* Nach längerer Unterbrechung infolge Viehseuchengefahr konnte am 9. Mai in der Stadt Remberg wieder Schweinemarkt abgehalten werden. Trotzdem die Aufhebung der Marktsperrung erst kürzlich erfolgte, waren etwa 300 Ferkel zum Verkauf gestellt. Der Handel war reger. Es wurden Durchschnittspreise von 10, 12 und 14 RM je nach Alter der Ferkel erzielt.

* Sport. Am vergangenen Sonntag fand in Wittenberg ein Fußball-Wettbewerb statt, woran sich der hiesige M.-L.-V. mit seiner 1. Mannschaft beteiligte. Im ersten Spiel traf Remberg auf „Preußen“ Braun erste und konnte hier ein beachtliches Unentschieden (0:0) erzielen. Anschließend mußten die Remberger gleich gegen Victoria zweite Wittenberg antreten. Trotz der Ueberlegenheit der Remberger konnten die Wittenberger mit 3:2 gewinnen. Kurz vor Schluß gelang den Rembergern noch ein 3. Treffer, der aber durch ein Fehlurteil vom Schiedsrichter nicht gezeichnet wurde. — Die 2. Mannschaft des M.-L.-V. trat um 4 Uhr auf dem hiesigen Sportplatz zum Fußballspiel gegen Sportvereinigung 07 dritte Wittenberg an. Beide Mannschaften lieferten sich ein ausgeglichenes Spiel; jedoch konnten die Wittenberger mit 5:2 als Sieger den Platz verlassen.

* Gärtenhändchen. Die letzte Stadtordnungsänderung beschäftigt sich mit dem Holzperwertungsvertrag und genehmigte den Plan, nach dem in den nächsten 3 Jahren 1343 Morgen Waldbestand abgeholzt werden sollen. Davon sollen 632 Morgen wieder aufgeforstet werden. Man hofft, durch diesen Holzverkauf ungefähr 600 000 Mark Einnahme zu erzielen. Ferner wurde beschlossen, einen dritten Holzleitbeamten anzustellen und die bestehende Wohnungsmanagementkraft in unserer Stadt aufzulösen.

* Gärtenhändchen-Mais. Das 6. Gau-Sängerfest des Heide-Waldes-Gaus im 2. B. am 16. und 17. Mai wird sich wieder zu einem großen Ereignis im musikalischen Leben des Gauses gestalten. Schon der Sonnabend abend bringt eine umfangreiche Auswahl aus dem reichen Quell des deutschen Liedes. Eine erhebende Feierkunde verpricht das Kirchenkonzert zu werden. In den Dienst der Sache stellen sich freudigherweise Fel. Hildegard Kraemer (Sopran) und deren Lehrer Albrecht und Welter-Greif (Violone). — Auch der Heidsche Gausverein Desau wird mit einer großen Anzahl Sängern helfen, das Fest zu verfeinern. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Präsident des Sängerbundes an der Saale, Oberbürgermeister Weder, sein Erscheinen fest zugesagt. — Das am Nachmittage stattfindende Hauptkonzert wird allen Fernsehenden einen Ueberblick

geben über die Leistungsfähigkeit des Gases und einen Beweis von der Schönheit des Deutschen Liedes — Ein harmonischer Sängerbund wird die Veranstaltung beschließen. „Eid hoch!“

Berlin. (Adresbuch-Peters verurteilt.) Der bekannte Adresbuchverleger Thoms Friedrich Peters wurde am 20. 1. 31 vom Kleinen Schöffengericht Berlin zu 10000 RM Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis verurteilt, gegen das Urteil jedoch Berufung eingelegt. Ein Gleiches hat aber auch die Staatsanwaltschaft getan, weil sie ihn nicht nur des unlauteren Wettbewerbs, sondern auch des fortgesetzten Betruges für schuldig hielt. Die Berufsverhandlung hat nun am 28. 4. stattgefunden. Sie endete damit, daß Peters Berufung kostenpflichtig verworfen wurde, und er außer wegen wissenschaftlichen Verstoßes gegen § 4 UWG, auch wegen vollendeten Betruges für sechs Monaten Gefängnis und 10000 RM Geldstrafe verurteilt wurde. Öffentlich wird dies Urteil auch den Nachbarn Peters', die unter dem Vornamen „Die Eintragung der Firma ist totenlos“ unvorsichtig Geschäftsleute zur Unvorsicht (vgl. Fragebogen für Adres- oder Handbücher zu verleiten) und das Unlautere ihres Handelns klarzumachen.

Informationskreis des Regierungspräsidenten. **Merseburg.** Regierungspräsident v. S a n n a befindet sich auf einer Informationsreise durch den Kreis Sch w e i n i t z, auf der er eine Reihe von Besichtigungen vornehmen wird. Insbesondere aber wird der Regierungspräsident den Bericht der Bürgermeister über die städtischen Verhältnisse entgegennehmen.

Falschmünzer in Saucha gefaßt. Saucha a. L. Der Postler in Kelbra (Hoffb.) ist es jetzt gelungen, die Verfälscher und Vertrieber der bereits seit Wochen in unserer Gegend angefertigten Falschstücke zu ermitteln. Es handelt sich um den Tischler K r i s t e n a u s L a u c h a n d der Unstrut. Er fuhr mit dem Motorrad von Ort zu Ort und legte seine Falschstücke — Zwei Mark-Stücke — bei verschiedenen Einfäulern ab. Eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung förderte Schmelzmittel und sämtliches zur Falschstückherstellung nötige Material zu Tage.

Erdbovorkommen in Mitteldeutschland. **Halle.** Am Hallischen Verband für die Erforschung der mitteldeutschen Bodenschätze und ihre Verwertung hielt Berg rat W e r n e r a u s G e l l e einen interessanten Vortrag über das norddeutsche Erdöl in geologischer, technischer und wirtschaftlicher Beziehung. Nach Meinung des Vortragenden besteht große Aussicht, daß noch weitere Erdbovorkommen in Norddeutschland gefunden werden. Berg rat Werner schlug vor, im Mansfelder Gebiet von den Gruben aus Tiefbohrungen vorzunehmen, um so nach Erdöl zu suchen. Auch nördlich des Harzes, im Zscheln der Dörschlebener Mulde, sei mit Erdöl zu rechnen.

Neuer Erdbovorkommen in Thüringen und Han no ver sprach nach ihm Berg rat Dr. F u l d a - B e r l i n. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß in der Gegend von Nordhausen — Ballenstedt mit Erdbovorkommen gerechnet werden könne, während in der Nähe von Merseburg kein Erdöl zu erwarten ist.

Gefährlicher Phosphorbrand. **Magdeburg.** Im Keller der Metallwerke Aders in Maadeburg-Neustadt entstand eine starke Rauchschwaden-

lung, die die nächste Umgebung gänzlich verqualmte. Die Feuerwehr drang unter Einsatz von vier schweren Gasstichgeräten und zahlreichen Rauchmasken in den Keller ein, wo 50 Kilo Phosphor vorgefunden wurden, von denen zwei Büchsen durch Selbstzündung in Brand geraten waren. Das Material wurde ins Freie geschafft und unbedenklich gemacht.

Erbesitz gegen Oberpräsident. **Bad Liebenwerda.** Der Kreistag des Kreises Liebenwerda beriet in einer sechsstündigen sehr fruchtigen Sitzung den Haushaltsplan für 1931-32. Trotz zahlreicher Anträge der Kommunisten, die sich vor allem auf eine Erhöhung der Mittel des schon mit 706 000 Mark Zuschüssen ausgestatteten Fürsorgeetat bezogen, konnte die von allen bürgerlichen Gruppen und den Sozialdemokraten gebildete Mehrheit den Etat ohne jede Änderung des Entwurfs durchbringen. Der Plan schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3 481 768 Mark ab. Durch eine Belastung der verschiedenen verfügbaren Steuerarten mit einer Kreisumlage von 40 Prozent wird der Ausgleich des Fehlbetrages von 472 000 Mark erzielt. In den Ausgaben befindet sich die Vermittlung und Amortisation der dem Kreise durch die „Bohl-Berichte“ entstandenen Verluste mit 120 000 Mark. Ein nationalsozialistischer Antrag auf Abschaffung der Diäten für Kreisverordnete wurde wegen der Geringfügigkeit der erzielbaren Ersparnisse abgelehnt. Festige Auseinandersetzungen, die zeitweise einen fast persönlichen Charakter annahm, erbrachte die Verhandlung über die Nennung eines Amtsoberleiters in Hallenberg. Schließlich wurde in der Sitzung über Antrag des Landwirt, Landwirt Schulte, dessen Befähigung des Oberpräsidenten bezweifelt wird, gegen den sozialdemokratischen Kandidaten wiedergewählt.

Todessturz mit dem Motorrad. **Cangensta.** Am Sonntag gegen 14.30 Uhr fuhr der etwa 25 Jahre alte Landwirt Arno Heß aus G r o ß e n g o r t e r n a mit seinem Motorrad von G r o ß e n g o r t e r n a nach G r o ß e n g o r t e r n a, wobei er tödlich verunglückte. Der Schaden wurde über den Straßenbahnen geleudert und bliet dort mit Bruch des Genicks, der Schädelbeine und eines Arms tot liegen.

Arbeitsfriede im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau **Leipzig.** Die zwischen dem Tarifvertrag für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband getroffene zweiseitige Vereinbarung über die Arbeitszeiterfüllung wurde am Sonntag in einer in Leipzig abgehaltenen Konferenz der Verbände mit 420 gegen drei Stimmen angenommen. Damit ist der Arbeitsstillstand im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beendet. Die Verzögerung der Arbeitszeit, die im Februar durchschnittlich eine halbe Stunde und im Lagerbau durchschnittlich dreieinhalb Stunden betrug, wird am 18. Mai eintreten. Von dieser Regelung werden rund 60 000 Arbeiter erfasst.

7-Jahre des Reichsbanners in Halle. **Halle.** Zum Anlaß der 7-Jahresfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Gau Halle, fand hier ein Treffen des mitteldeutschen Reichsbanners statt. Die Veranstaltung wurde am Sonntagabend mit einem Kammers im Volksparl. eingeläutet. In der Kundgebung am Sonntag nachmittag auf dem Hauptplatz sprachen der preussische Handelsminister Dr. S c h r e i b e r, Minister a. D. Prof. Dr. W a e n t i g und für den durch Krankheit verhinderten 1. Bundesführer

Herrn Dr. 2. Bundesführer H o l t e r m a n n. Anschließend daran fand ein Umzug durch einige Straßen der Stadt statt, der am Weisenpasing mit dem Vorbeimarsch am Bundesbanner sein Ende fand.

Abgehören von kleineren Zwischenfällen während des Umzuges ist es infolge der umfangreichen Sicherungsmaßnahmen der Polizei zu keinen Störungen gekommen. **Leipzig Haushaltungsplan abgelehnt.**

Leipzig. Der dritte Tag der Aussprache brachte im Stadtparlament die Abstimmung. Da nahezu 500 Anträge vorlagen, nahmen die Abstimmungen volle drei Stunden in Anspruch. Die Ausschüsse wurden im allgemeinen angenommen. Die Anträge der Parteien zum größten Teil abgelehnt. Angenommen wurde ein kommunistischer Antrag, den Zuschuß für das Weichsel, der mit 180 000 Mark eingeleitet war, zu streichen. Zum Schulhaushalt wurden die von Rat vorgelegenen Ersparnisse zum Teil wieder rückgängig gemacht. Ein Antrag auf Weiterzahlung der Fürsorgeleistungen in der alten Höhe wurde angenommen, ebenso ein Antrag, die Bürgersteuer, die mit 400 Prozent eingeleitet ist, nicht mehr zu erheben. Die Wünsche „Kunst und Wissenschaft“ und „Bolschewisten“ wurden abgelehnt, die übrigen Wünsche angenommen. In der Schlussabstimmung verfiel der Haushaltsplan mit den Stimmen der KPD, SPD, SPD, und NSDAP der Ablehnung. Das Einkommensverfahren wurde für den Haushaltsplan wie für die Bürgersteuer sofort wieder eingeleitet.

Magdeburg. Am Sonntag, dem Gedentag der 300-jährigen Magdeburger (10. Mai 1631) versammelten sich alle Ämter der Bevölkerung und die Vertreter sämtlicher Behörden, der Vertreter der hiesigen Universität, der Oberbürgermeister von Braunschweig und hohe kirchliche Würdenträger beider Konfessionen. Als Vertreter des Ministerpräsidenten und Innenministers Seegering gedachte Ministerialrat Dr. v. L e y d e n der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung Magdeburgs und des schiedenden Oberbürgermeisters, dem er Dank und Anerkennung der Regierung für seine Dienste für Stadt und Staat aussprach. In der Rede gab Ungelehrter Professor Geheimer Hofrat Dr. B e r t h o l d a u g L e i p z i g einen historischen Überblick über die feierlichen Vorgänge.

Oberbürgermeister B e i m s, herzlich begrüßt, wies in seinen Ausführungen auf das große Unglück der Zerstörung hin und sagte:

„Wenn vorhandene Gegenstände durch nur parteipolitische Doktrin verschlimmert werden, die wochenlang und fremd der Wirklichkeit gegenübersteht, dann kann daraus leicht ein Verderben entstehen, wie vor 300 Jahren. Solch ein großes Unheil zu vermeiden, ist die Kunst und die Aufgabe der Politik gerade unserer Tage.“

Kirchliche Nachrichten. **Donnerstag, den 14. Mai (Himmelfahrtsfest).** Kollekte für das Diakonissen-Wutterhaus in Magdeburg-Gracau. **Kemberg.** Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Pfropf Vertram. **Gommila.** Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Pfarrer Agmus. **Kernberg.** Freitag, den 15. Mai, abends 8 1/2 Uhr Bibelstunde im Archidiakonat. Zu zahlreichem Besuch labet herzlich ein Pfarrer Agmus.

Aus- und Brennholz-Auktion Köplich
Wittwoch, den 27. Mai 1931 kommen von 10 Uhr ab im Forsthaus Köplich wie üblich zum Angebot aus Durchforstung und Trockenholz Nr. 1714 - 3876

1271	Kiefern 1. Klasse	= 280 fm
540	" II. "	= 300 fm
13	" III. "	= 12 fm
431	" Stangen	

ca. 200 rm Kief. Brennholz
 Näheres und Listen beim **Veramt Burgtemmich**

Streu-Verpachtung
 Am **Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr** verpachte ich
ca. 15 Morgen Nadelstreu
 auf Sperrwehna **Karl Richter, Rotta**

Handtaschen
 Aktenmappen, Portemonnaies
 Brieftaschen
 Reisekoffer in allen Größen
 empfiehlt
Richard Arnold, Leipziger Str. u. Markt

Saattartoffeln
Zuli-Berle (frühe)
Aderslegen (gelbl. späte)
Centifolia (rote späte)
 zu herabgesetzten Preisen gibt noch ab
Kornhaus Wittenberg
 Niederlage Kemberg

Verpachte meinen
Garten
 viel Obstbäume und Beerensträucher, langjährig, passend für Wohngebäude
Franz Pannter Neumühlweg

Streidist Du was mit Farbe an, Gute ruhst Suhn Dir an.

Füllfederhalter
 empfiehlt **Richard Arnold**

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
 Dentist.

Vollst. schmerzlindeendes Zahnziehen
 Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
 Anfertigung künstlicher Zähne in Kunststoff, Gold u. unedigen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
 Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.
 empfiehlt **Richard Arnold**

Kursbücher
 empfiehlt **Richard Arnold**

Preiswerte Pfingst-Angebote!

Herren-Anzug engl. gemustert einreihig . . . 25.-	Straßen-Kleid Waschseide mod. gemustert . . . 6.50
Sport-Anzug m. Knickerbocker zweireihig . . . 35.-	Wollmuslin-Kleid hübsche Farben, neueste Form . . . 13.-
Herren-Paletot Schottlandstoffe ohn. Rückengurt . . . 30.-	Georgette-Kleid handgemalt mit Unterkleid . . . 19.50
Trenchcoat mit Plaidfutter u. Oeltuch-Einlage . . . 27.-	Crepe de Chine-Kleid jugendlich. Form moderne Muster . . . 13.50
Knaben-Anzug Sportfacon, halb-bare Stoffe . . . 12.50	Mädchen-Kleid baumw. Muslin für 10 Jahre . . . 2.25
Knaben-Windjacke Zellstoffe mit Rückengurt . . . 3.75	Mädchen-Kleid Wollmuslin für 10 Jahre . . . 6.50

Sonntag, den 17. Mai 1931
 von 12 bis 5 Uhr geöffnet!

Gardinen-Dekorationen
 nach eigenen und gegebenen Entwürfen
 Teppiche • Läufersstoffe • Decken
 Linoleum • Balatum • Vorlagen

Lieferung fertiger **Braut - Ausstattungen**

E. G. Holzhausen
 Seit 120 Jahren Qualitätsware
Wittenberg, Collegienstraße 90

Zum Schützenfest

Im Restaurationszelt des Bahnhofswirtes
Ludwig Carl empfehle

= diverse Speisen =

Spezialität: Bockwurst mit Salat

Um gütigen Zuspruch bittet

Richard Krausemann Nachfolger
Inhaber: Heinrich Schneider

Konzert- u. Ballhaus „Blauer Hehl“

Am Himmelfahrtstage, von abends 7 Uhr an



großer Festball



Erstklassige Ballmusik!

Stark besetztes Orchester!

Eintritt und Tanz 50 Pfennig.

Um gütigen Zuspruch bittet

Paul Günther.

Bappteller

empfiehlt ab Lager

Richard Arnold

Achtung!

Empfehle ständig frisch und billig

Achtung!

Apfelsinen
Aepfel
Bananen
Zitronen
Erdnüsse
Radieschen
Tomaten
Rhabarber

Kopf-Salat
Salat-Gurken
Spinat, Pfd. 20 Pfg.
Rapünzchen
Petersilie
Schnittlauch
Spenggrün

Blumenkohl
Rotkohl
Weisskohl
Wirsingkohl
Kohlrüben
Mohrrüben
Sellerie
Spargel

Blumen-Pflanzen, neue saure Gurken

Ww. Emma Reinecke, Anhalterstraße 15
Telefon 356

7994 DEUTSCHE ARZTE

KAFFEE HAG SCHMOT

haben allein im Jahre 1928 schriftlich



KAFFEE HAG

empfohlen Auch Sie sollten diesen völlig
unschädlichen Bohnenkaffee trinken

Stets frisch zu haben bei:

Richard Tempelhof, Ecke Anhalter- und Kreuzstraße



Echte Stralunder Spieltarten

beherrschen den Markt seit über 150 Jahren

Es gibt keine besseren!

Stets zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung

Am Himmelfahrtstage auf dem Sportplatz an
der Bergwitzer Straße

Fußball-Wettspiele

VB II Gräfenhainichen — MVB II Anfang 3 Uhr

VB I Gräfenhainichen — MVB I Anfang halb 5 Uhr

Das Geheimnis

der niedrigen Preise
und guten Qualitäten



Kleider — Mäntel
Baumwollwaren
Kleiderstoffe
Gardinen

Zentralisierter Großverkauf
Zusammenchluss von ca.
400 Geschäftshäusern und
direkte Belieferung ab Fabrik
ermöglicht die
Preiswürdigkeit.

J. G. Schneider, Wittenberg, Markt

Sonntag, den 17. Mai, von 12—5 Uhr geöffnet.

Zur
Hederichbekämpfung
empfehle
ungeöhlten Kaltsädstoff
Hederich-Rainit

Kornhaus Wittenberg
Niederlage Kemberg

Ein Ackerplan

in der Unterförste, etwa 35 ar,
zu verkaufen oder zu verpachten.
Zu erfragen in der Geschäftst. d. Btg.

Führer
durch die Dübener Heide

empfehle
Richard Arnold, Kemberg



Bund der Frontsoldaten
Freitag, den 15. Mai, abends 7/8 9
Uhr, haben alle Kameraden, die am
Reichsfrontsoldatentag (30. u. 31.
Mai) in Breslau teilnahmen, zur
Besprechung im Palmbaum zu er-
scheinen.

Der Ortsgruppenführer

Heide-Verein
Sonntag, den 17. Mai,
2 Uhr nachmittags

Bersammlung

für sämtl. Ortsgruppen des Vereins
Dübener Heide in Kemberg (Gasthof
zur goldenen Weintraube).
Hierzu lade ich alle Mitglieder der
Ortsgruppe Kemberg ein.
Der Vorsitzende.

Sackwitz

Donnerstag, den 14. Mai

großer Ball

Gute Musik. Neueste Schläger.
Es laden freundlichst ein
Bruno Illner u. Frau

Ewald Ballmann's Speise- u. Kaffee-Zelt

auf dem Schützenplatz

Empfehle in bekannter Güte

ff. Bockwurst und Wiener Würstchen
mit Salat

Pökelknochen mit Sauerkraut
Rostbratwurst

frische Wurst .: ff. Gehacktes
ff. Kaffee und Kuchen



Um gütigen Zuspruch bittet

Ewald Ballmann

Zum Schützenfest

bringe ich mein

Schank- und Speise-Zelt

in empfehlende Erinnerung.

Um freundlichen Besuch bittet

Ernst Bachmann

Wohin Himmelfahrt?

Eisenhammer

Die Perle der Dübener Heide

Neue Bewirtschaftung

Vollständig renoviert

Garten staubfrei

Künstler-Konzert .: Tanz-Diele

Zu Frühjahr und Sommer

empfehle in reichhaltiger Auswahl

gezeichnete, angefangene und fertiggestickte und genähte

Wochenend-Schürzen u. -Kleider

in Nessel, Leinen und Rips .: weiss und farbig

Spielhosen, Spielanzüge, Jungenschürzen

Ferner empfehle ich alle sonstigen

Handarbeiten

wie Decken, Quadrate, Kissen, Taschentücher

Küchengeräte, Tablettdecken, Kaffeewärmer

Klammerschürzen, Korbdecken, Lautenbänder usw.

in gut sortierter Auswahl und billigen Preisen, sowie sämtliche

Stickerei-Materialien

Handarbeits-Flekte u. Handarbeits-Vorlagen

Richard Arnold - Kemberg - Markt 3

Am Donnerstag — Himmelfahrt — von 11—5 Uhr geöffnet.

Himmelfahrtsgedanken

Von Gerhard Bütner.

Nun ward es wieder Himmelfahrt ...
Wie klingt dies Wort doch heut fast harmlos!
Sprach Mühndchen es in Jugenzeit,
Klang es wie frommes Segelgelaüt;
Sagt' es mein totes Mütterlein,
So war's, als sprächen Engel ein
Lieb — heilig — traut
Im Himmelslaut.
Und allerwärts
Drang es ins Herz;
Das Wort jo ganz besondrer Art,
Das heilige Wörtchen „Himmelfahrt“.

So liegt im Sinn die Himmelfahrt
Wie noch aus Rand voll Jugendart:
... Und gen Bethanien führte er
Die Jünger, deren Herz jo schwer,
Als gelte es Abschied ... Segend hob
Er seine Hände ... Mid ummoß
Der Gottesklang
Den Göttertranz.
... Und fast wie Schmerz
Verbricht ihr Herz
Die Stunde ganz besondrer Art,
Die Stunde seiner Himmelfahrt.

Und wiederkehrte Himmelfahrt,
Der Tag jo ganz besondrer Art ...
Doch ob auch jede Stunde klingt;
Wenn unre Seele sich nicht löwingt,
Die noch jo weh, jo leidensdrißig ...
Ernt' heilig-hehr ... zum Himmelsreich,
So ist sie leer!
Ein jedes Herz
Wird doch durch Schmerz
Gekütert erst in rechter Art,
Erlebt es seine Himmelfahrt.

Kirchenvertrag unterzeichnet.

Regelung des Verhältnisses von Staat zu Kirche.

Berlin, 12. Mai.

Am Montag vormittag 11 Uhr fand im preussischen Staatsministerium die feierliche Unterzeichnung des Vertrages des Freistaates Preußen mit den acht evangelischen preussischen Landeskirchen statt.

Unmittelbar nach dem Abschluß des Kontrahats mit der katholischen Kirche vor etwa zwei Jahren hatte der preussische Landtag am 9. Juli 1929 eine Gesandtschaft ankommen, in der die Staatsregierung ersucht wurde, um verzögert in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen über den Abschluß eines ähnlichen Vertrages einzutreten. Das Staatsministerium trat dieser Gesandtschaft unverzüglich bei, so daß bereits am 11. Juni 1929 die ersten unverändlichen Verhandlungen mit der größten evangelischen Kirche aufgenommen wurden. Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß die Staatsregierung es bei den evangelischen Kirchen mit acht verschiedenen Parteien zu tun hatte. Nach der Amtsniederlegung des Kultusministers Bedder führte Kultusminister Grimme, der sein Amt am 31. Januar 1930 übernahm, die Verhandlungen fort. Am 8. Februar 1930 begannen die förmlichen Verhandlungen mit sämtlichen evangelischen Landeskirchen, in deren Verlauf zahlreiche Schwierigkeiten überbrückt werden mußten. Als Mitarbeiter des Kultusministers traten besonders Ministerialdirektor Trendelenburg und der eigens zu diesen Verhandlungen bestimmte Kommissar Professor Hädel aus Bonn hervor. Kurz vor Ostern dieses Jahres konnte den Kirchenoberhäuptern der Vertragsentwurf zugestellt werden, dem sieben Landeskirchen ohne weiteres zustimmten, während die größte, nämlich die altpreussische Kirche, zunächst

die Zustimmung der Generalsynode einholte, die am 22. April mit Dreiviertelmehrheit erfolgte.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung wird der Vertrag mit dem Schlußprotokoll und dem Gehehenswurf an den Staatsrat gehen, der bereits auf den 19. Mai eine Plenarberatung anberaumt hat. Darauf geht die Vorlage an der preussischen Landtag.

Wichtige Bestimmungen des Vertrages.

Der Vertrag Preußens mit den acht evangelischen Landeskirchen sieht u. a. folgende Bestimmungen vor:

Artikel 2 bestimmt, daß kirchliche Gehege und Notverordnungen über vermögensrechtliche Angelegenheiten den Kultusminister vorgelegt werden müssen, der ein Einspruchsrecht hat. Über den Einspruch entscheidet auf Antrag der Kirche das im Verwaltungsstreitverfahren in oberster Instanz zuständige Gericht.

Im Artikel 5 wird die Dotation der Kirchen auf jährlich 4950 000 Reichsmark festgelegt. Diese Summe wird auf die Kirchen gemäß besonderer Vereinbarung verteilt. Artikel 7 bestimmt, daß zum Vorstehen einer Behörde der Kirchenleitung oder einer höheren kirchlichen Verwaltungsbehörde niemand ernannt wird, von dem nicht die zuständige kirchliche Stelle auf Anfrage bei der preussischen Staatsregierung festgestellt hat, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen.

Artikel 8 regelt die Ausbildung der Geistlichen, Artikel 9 enthält Bestimmungen über die Anstellung von Pfarrern. Im Artikel 10 ist vorgesehen, daß die Pfarrstellen kirchlichen Patronats im Gebiet der altpreussischen Union bis auf weiteres nach Benehmen zwischen Staat und Kirchenbehörde besetzt werden. Artikel 11 behandelt die evangelisch-theologischen Fakultäten.

Im Schlußprotokoll zum Vertrag wird zu Artikel 7 festgelegt, daß als politische Bedenken nur staatspolitische, nicht dagegen kirchliche oder parteipolitische gelten.

In der Begründung des Gehehenswurfs ist vorgesehen, daß zur Befestigung von Meinungsverschiedenheiten in geeigneten Fällen bei beiderseitigem Einvernehmen der Ausgleich auch durch Bestimmung einer Schiedsinstanz herbeigeführt werden kann.



Die Unterzeichnung des Kirchenvertrages.

Vertreter der acht Landeskirchen begaben sich zur Unterzeichnung des Kirchenvertrages ins preussische Kultusministerium.

Unterstellungen bei einer Reichsbehörde Fünf Beamte verhaftet.

Berlin, 12. Mai.

In der dem Reichsministerium des Innern angelegten Landesaufnahme sind in den letzten Tagen Unterstellungen aufgedeckt worden, die jetzt zu der Verhaftung von fünf Beamten geführt haben. Es handelt sich um die Inspektoren Baer, Blum, Wendt und Schäfers sowie um den Verwaltungssammlern Wolf. Über die Höhe der Unterstellungen ist bisher noch nichts bekannt geworden, es soll

fast jedoch um einige hunderttausend Mark handeln.

Die Ermittlungen haben ergeben, daß die fünf Beamten seit mehreren Jahren Hand in Hand gearbeitet und sehr geschickte Buchführungsvorgänge vorgenommen haben, so daß die Verrechnungen bisher nicht bemerkt worden sind. Erst durch eine Revision, die vor einiger Zeit durch den Rechnungshof vorgenommen wurde, wurden Unflimmigkeiten entdeckt, die schließlich nach gründlicher Nachprüfung zur Aufdeckung der Unterstellungen führten.

Aus dem Vereinsleben.

Haus- und Grundbesitzer-Verein, Kemberg.

Der hiesige Haus- und Grundbesitzer-Verein hatte zum 7. Mai alle Haus- und Grundbesitzer zu einer Versammlung geladen, in welcher Oberinsp. Hans Kraus, Halle a. S. sprach.

Begann 7/9 Uhr eröffnete der erste Vorsitzende, Herr Schumann, die Versammlung; zu seinen einleitenden Worten hatte er das Motto, „Der Not gehorcht, nicht dem eignen Erbe“, gewählt. Derselben unterrichtete immer wieder die Wohnung, zahlreich und fest zusammen zu stehen, bevor es zu spät sei, denn Beschäftigte, die heute lediglich nur noch ein Schattenspieler führen. Hierzu legte Kraus an Hand eines Beispiels klar, daß die ertraglosen Häuser, die sehr unter staatlicher Verwahrnehmung stünden, ausbleibenden Gier glücken, die man dem Besizer stellen, um nicht den Besizer aus dem Besitze auf sich zu ziehen. Sodann ging er näher auf die bis ins Unvermögen gemachten Verhältnisse ein und widmete der „belebten“ Hauszinssteuer ein besonderes Kapitel, aus Gerechtigkeitsgründen schweigend Abbau verlangen. Bezüglich der Wohnungsamangeregung kam es an dem hiesigen Besizer, daß diese bereits lange überfällig seien und eine Erhöhung bedeutet. Seit heute pro Einwohner bereits ca. 0,40 qm Wohnraum; mehr zur Verfügung kämen wie 1914. Die Inhaberschaft der Wohnungsamangeregung würde bereits Verhältnismäßig in gewissen Regierungskreisen und sogar in Mietervereinigungen, so gegen die Gehege Stellung nehmen; andere Mieteraufmerksamkeit gegen ähnliche Verordnungen! Es sei rätselhaft, wie es da noch Hausbesitzer geben könne, die angesichts solcher Bundesgesetze, ihrer Regierungen immer noch festhalten, um eigenen Schaden zu bringen, mo man die Wohnungsgehege abgelehnt hätte, u. a. in Holland und Italien, kämen jetzt Wohnungen in reichlicher Zahl zur Verfügung; die anfangs befürchteten Mietsteigerungen seien nicht eingetreten. Eine Wohnungsnot gäbe es bei uns heute nicht mehr. Bei gesetzlicher Raumverteilung über die Mieter, mit dem Fall der Wohnungsamangeregung würde automatisch wieder ein besseres Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter lag werden, denn die bestehenden Differenzen seien beseitigt. Hausbesitzer sei heilig, denn wo Eigentum, da auch Rechte. Eine Eigentum sei eine heilige Sache, die für alle unantastbar, denn Unflimmigkeit und Terror würden sich breit machen. Neben beachtete diese Behauptung mit furchtbaren Beispielen aus Ausland und warnte die Anwesenden eindringlich. Nachdem die Inspektion (Kerns) nur eine Feststellungsgewinnung, nicht eine Verurteilung) gerast hätte, unflimmig man vorzeitig und beherzigt den Haus- und Grundbesitzer. Man erinnere sich der Worte von Engelberg, der gesagt hätte, „die besten Sozialreformer sind die besten Sozialreformgegner“, vergliche sie mit der Gegenwart und das hiesige noch, käme es zu einer Sozialreform des gesamten Wohnwesens, würden sich auch Hausbesitzer Worte erfüllen, der erklärte hätte: „Das Endziel ist unantastbare Wohnmöglichkeit!“

Seien einmal die Ansprüche aus der Inhaberschaftsgewinnung gegenüber, welche Verhältnisse die Preise teile und können man nicht mehr auf volle Auszahlung der Besitzer und Renten rechnen, dann fehle lediglich nur noch die Verstaatlichung des gesamten deutschen Privatbesitzes, um diesen Zustand herbeizuführen. Trotz großer Bedenke wurde seitens öffentlicher Stellen eine katastrophale Ausgabewirtschaft getrieben, woran unglückliche Beispiele Zeugnis ablegten. Alle notwendigen Verwaltungsstellen, die man heute an die vielen anderen hochgestellten Beamten, die teils auch Parteibüchse genannt würden. Ob hier nicht ein wenig gehandelt werden könnte? Sind die vielen Finanzämter mit dem Nebenamtentat so unbedingt nötig, fragte der Redner, ganz

Ohne ein Wort zu erwidern, gab Maria den Schlüssel heraus und atmete befreit auf, als die kleine Frau endlich das Zimmer verlassen hatte. „Wie Frau Müller ihr den Schlüssel später wiedergeben wollte, dies he denkwürdig. Wohlten Sie ihn nur lieber“, sagte sie gleichgültig, und Frau Müller ging froh davon, in dem Bewußtsein, sich wieder eines ihrer früheren Rechte zurückzuerobert zu haben. Bei Tische saßen sich die Gatten ziemlich schweigend gegenüber; Händchen fehlte, der Ionst mit seinen munteren Einfällen die Eltern erheiterte.

Gleich nach dem Essen zog sich Pastor Krufius wieder in sein Studierzimmer zurück und ließ sich den Kaffee dort hin bringen. Er war mit seiner Arbeit noch nicht fertig und hatte am fünf Uhr eine dienstliche Konferenz, von der er noch nicht wußte, wie lange sie ihn aufhalten würde; die Predigt mußte also vorher fertig werden.

Maria war wieder mit ihren Gedanken allein. Kurz vor fünf Uhr trat der Pastor, zum Ausgehen angeleitet, noch einmal zu ihr ins Zimmer, wo sie am Fenster lag, eine Handarbeit auf dem Schoße, ohne einen Stich daran setzen zu haben.

Er sah zufriedener aus. Seine Arbeit war fertig und das Bewußtsein erfüllter Pflicht stimmte ihn froh und heiter. „Nun bist du den ganzen Tag so allein gewesen“, sagte er bedauernd, „Süßlein, ich nicht ein wenig fortgehen, irgend einen Besuch machen können?“

Sie lächelte macht, ein wenig spöttisch. „Du vergißt, daß der Sonnabend hier für die Hausfrauen kein Ruhetag ist. Die einzige, die hier auch Sonnabend Besuche empfangt, ist Sie, und zu ihr werde ich nachher noch gehen, um Hänschen abzuholen; ich will mich nur noch umkleiden.“

„Das ist recht“, sagte er zufrieden. „Aber besieh dich, denn es zieht ein Gewitter herauf und du kommst vom Regen überhalet werden.“

Sie sah zum Himmel auf, wo in der Tat dicke schwarze Wolken heraufzogen und sich zum Einbruch ballten. (Fortsetzung folgt.)

UNSIHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Auf dem großen Korridor im ersten Stockwerk hand der riesige eichene Wärschelbrand, dessen Schlüssel Maria zwar offiziell besaß, in den sie aber nur einmal, am ersten Abend ihres Hierseins, einen flüchtigen Blick geworfen hatte. Nur Frau Müller wußte zwischen den nächsten Schritten derber Hausanwand, die noch von der Anwesener der ersten Frau herkommen, Bescheid. Maria hatte sich niemals darum gekümmert. Ihre eigene Lebensweise und die Kinderwärsche, die sie unter Verschluß genommen, hatte sie in einem Schranke ihres Zimmers untergebracht.

Als Frau Müller eine Weile später zufällig nach oben kam, blieb sie entsetzt stehen vor dem Anblick, der sich ihr bot.

Maria stand vor dem geöffneten Schranke und rücte die aufgeschlossenen Wärschel mechanisch hin und her, nach Frau Müllers Ansicht eine „heißlose Ordnung“ schaffend. Zum zweiten Male heute mochte sie die kleine, dicke Wärschelhalterin ihr alleiniges Regime im Hause gefährdet, und sie warf einen bitterbösen Blick zu der jungen Frau hinüber, die ihre Unwesenheit gar nicht zu bemerken schien.

Sie blieb auf ihren Vanischersohlen, bis Maria leuchtend von dem Schranke zurücktrat und die Türen verschloß. Es war ihr offenbar selbst nicht klar geworden, was sie eigentlich da gemollt hatte.

Beide schritt sie zu dem Zimmer ihres Gatten hinüber. Er lag am Schreibtisch über seine Arbeit gebeugt und sah jetzt lächelnd auf, als sie eintrat.

„Wolltest du etwas?“ fragte er freundlich.

„Nicht ich denn immer etwas wollen, wenn ich einmal zu dir komme?“ entgegnete sie gewannen lächelnd. „Nein, nein; ich dachte nur — es war nur — weil —“

„Ach, ich höre dich wohl?“ kam sie keiner Verlegenheit zu Hilfe.

„Du würdest mir wirklich einen großen Gefallen tun, Maria, wenn du mich noch eine Weile allein lassen wölltest. Heute ist Samstag, meine Predigt für morgen ist noch nicht fertig und du weißt, daß ich vormittags am besten arbeiten kann.“ sagte er lüchelnd.

„Natürlich, ich gehe schon“, entgegnete sie mit müder Stimme und wandte sich der Tür zu.

Er rief sie noch einmal zurück. „Nun habe ich dich gerufen“, sagte er betrübt.

„Aber nicht doch; ich hätte das ja selbst wissen können, daß du zu tun hast. Arbeite nur ruhig weiter!“

Sie strich ihm flüchtig über das Haar und ging leise hinaus.

Pastor Krufius lag ihr einen Augenblick verwundert nach. Sie war jo londerbar, jo ganz anders als sonst.

Inzwischen hatte sich Maria im Wohnzimmer an ihr Klavier gesetzt. Laut zu spielen wagte sie nicht, aus Furcht, ihren Gatten zu stören. Sie legte die Hände auf die Tasten und schlug ab und zu leise ein paar Worte an; dann lautete sie, bis sie verfallen waren. Ihre Gedanken folgten den Tönen weit hinaus in nähernde Fernen und malten vor ihren verlangenden Augen eine farbenprächtige, besorgende Zukunft, die sie als einsförmige, farblose Gegenwart vergehen ließ.

Nervös schreute sie zusammen, als Frau Müller geschäftig eintrat, um den Mittagstisch vorzubereiten.

Unwillkürlich zog Maria Verlegenheit zwischen ihrem und ihres Heim. Dori die gutgeschickte Dienerschaft, die lauslos ihre Arbeit verrichtete, die niemand hörte und doch alles tadellos in Ordnung hielt; und hier Frau Müller in ihrer derben, rüchschäftigen, unmelodisch vorwiegend-dreiein Viertel.

Als Frau Müller den Tisch mit einem großen Aufwande unwilligen Eimers — bei ihr immer ein Zeichen flüchtiger Laune — gedeckt hatte, blieb sie breitpurig vor Maria stehen.

„Darf ich die Frau Pastor wohl um den Schlüssel zum Wärschelbrand bitten?“ Sie möchte da wieder Ordnung schaffen“, sagte sie mit überreicher Betonung.

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Kantonsorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streife usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklamszeile 40 Pfg., Ausnahmehöhe 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederholung und unbedingt gesicherte oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.- M., das Zustellen, zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 57

Donnerstag, den 14. Mai 1931

33. Jahrg

Waldbrandgefahr.

Zum Schutze unserer Wälder wird darauf hingewiesen, daß das **Raugen, Fortwerfen, unvorsichtige Handhaben oder Fallenlassen von brennenden Gegenständen** innerhalb der Wälder verboten und mit schweren Strafen bedroht ist.

Kemberg, den 11. Mai 1931.

Der Magistrat.

Beeren und Pilze

Jammeln will, wird aufgefordert, sich bis zum 25. Mai in der Stadtschreiberei zu melden.

Kemberg, den 11. Mai 1931.

Der Magistrat

Biehauptenpflichtigkeitsbeiträge.

Das Verzeichnis der **beitragspflichtigen Viehhalter** liegt vom 14. Mai bis 28. Mai in der Stadtschreiberei zur Einsicht der Beteiligten aus.

Kemberg, den 11. Mai 1931.

Der Magistrat.

Deutsche Außenpolitik.

Die deutschen Vertreter können diesmal wohl mit gutem Gewissen zur Völkervereinigung nach Genf gehen, aber sie liegen vor Aufgaben der schwerigsten Art. Obwohl die Währungsfrage wie die deutsch-österreichische Zollunion werden zu Erörterungen führen, bei denen man die Geister sich scheiden lassen wird: Frankreich und seine Verbündeten werden zusammenhalten, das von ihnen geschaffene System der Friedensverträge zu erhalten, und es wird sich zeigen, wer von den anderen den Mut besitzt oder besitzen kann, sich gegen Frankreichs Vorherrschaft zu wehren und das Recht Deutschlands und Österreichs anzuerkennen. Ein glücklicher Umstand wird für Deutschland wirken: das Nichtzustandekommen des französisch-italienischen Flottenpaktes hat im letzten Augenblick von neuem einen Gegenhalt Englands und Italiens gegen Frankreich geschaffen. Man ist bei uns nur allzu rasch geneigt, solche Gegenläufe wie sie im letzten Jahrzehnt wiederholt vorhanden waren, in die deutsche Rechnung einzustellen und womöglich in ein englisch-italienisch-deutsches Zusammengehen oder gar Bündnis gegen Frankreich zu glauben. Es ist zwar anzunehmen, vor allem von militärischer Seite, wo eindringlich darauf hingewiesen werden, daß ein Bündnis mit Italien für uns ein bloßes Phantom sein würde. Daß zu einem Bündnis mit England keinerlei Möglichkeit besteht, sollte eigentlich jedes Kind in Deutschland wissen, aber die politischen Willkürrechnungen werden deshalb nicht aufhören. Wenn man doch in den Kreisen, wo man so gern von Bismarck spricht, den einen Satz bedenken wollte, den Bismarck stets seinen Heberlegungen zu Grunde legte: alle deutsche Politik nach dem Maß der uns gegebenen Kräfte einzustellen. Wäre die deutsche Politik der nachbismarckischen Zeit solche Wege gegangen, so wäre der Gang der deutschen Geschichte sicherlich ein anderer geworden, als wir ihn nun zu gehen haben.

Die deutsche Vertretung in Genf wird von der Berechnung unserer Kraft ausgehen müssen. Diese Kraft ist bescheiden, auch wenn das Recht auf unserer Seite ist. Kein anderes Mitglied des Völkervereinigungsrats wird sich nur um des Rechtes willen für uns einsetzen. Wenn England und Italien für uns eintreten wollten, so wird es geschehen, um dadurch den Druck auf Frankreich in Sachen des Flottenpaktes zu verfrachten. Aber davon liegt uns sofort eine Gefahr. Frankreich wird wahrscheinlich an irgendeiner Stelle Zugeländnisse machen müssen, und es wird sie an der Stelle machen, wo sie zuletzt doch am billigsten sind. England und Italien wollen in ihrem Interesse Nachgiebigkeit Frankreichs in der Flottenfrage, und gibt Frankreich hierin nach, so wird es keinerlei dann Zugeländnisse von den beiden anderen verlangen.

Für Frankreich ist die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion wahrscheinlich sehr viel wichtiger als die Flottenfrage; denn kommt die Zollunion zustande, so bildet sie — und darin liegt ja die ganze Furcht Frankreichs — ein wirtschaftlich bedingtes mitteleuropäisches, nach dem Südosten ausgebreitetes Handelsgebiet, das von Frankreichs wirtschaftlicher Vorherrschaft nicht mehr abhängig sein würde. Mit Recht sieht Frankreich das Ziel der Friedensverträge dadurch bedroht, denn dieses Ziel war und ist noch, Deutschlands Wiedererfahrungen zu verhindern, die Vorherrschaft Frankreichs in Europa zu erhalten. Die französische Politik ist unzweifelhaft im höchsten Maße unaufrecht — was Frankreich Frieden und Sicherheit nennt, ist nichts anderes als seine Vorherrschaft und Deutschlands Niederhaltung. Die französische Politik geht der uns gegebenen Weise, die ihr auf die Dauer niemals genügt haben und auch jetzt nichts nützen werden, denn die Vorherrschaft Frank-

reichs ist, wie die gegenwärtige Lage zeigt, auch für England und Italien unannehmbar. Aber jeder Teil wird mit seinen Mitteln das Unannehmbarere abzumäßen streben, und deshalb wird Deutschland in Genf vor allem auf sich selber angewiesen sein. Wir dürfen auch deshalb nicht zu viel erhoffen, weil die Minderheitenfrage und der dauernde Zwist mit Danzig die Polen zu Schülern aller Gelegenheiten gegen Deutschland machen werden; die Tschechoslowakei wird in der Sorge, durch eine deutsch-österreichische Zollunion politisch erdrückt zu werden, mit Frankreich und Polen bis zum äußersten zusammenstehen.

Aber ein Gläubiger ist es doch, daß alle diese Fragen vor den Augen der ganzen Welt verhandelt werden müssen. Was auch hinter den Kulissen vorgehen mag — es muß doch ein jeder auch öffentlich Rechenschaft über seine Politik ablegen. Die deutsche Politik braucht diese Öffentlichkeit nicht zu scheuen; denn gerade der deutsche Außenminister im Januar in Genf seine Kraft zum Angriff gegen Polen in der Minderheitenfrage, so gelangt es ihm jetzt hoffentlich, in geschickter Verteidigung der deutschen Politik alle nur denkbaren Gründe wirtschaftlicher Vernunft und deutschen Selbstbestimmungsrechts in die Waagschale zu werfen.

Presse- und Landtag.

Dritte Beratung des Haushaltsplans.

Berlin, 12. Mai.

Der Reichstags Landtag übernahm zu Beginn seiner Sitzung zunächst einen Antrag der Staatspartei gegen die Votopreiserhöhung dem Landwirtschaftsausschuss. Auf der Tagesordnung steht der kommunizistische Antrag, der die sofortige Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ fordert.

Der kommunizistische Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Das Haus beginnt hierauf die dritte Beratung des Haushaltsplans mit der allgemeinen Aussprache über das Haushaltsplan und den Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten.

Nach längerer Aussprache ergreift

Innenminister Seeger

das Wort, der daran erinnert, daß der Vorwurf der Verschwendungssucht von den Vereindeten auch den Reichs- und Staatsbehörden gemacht worden sei. Es habe keinen Sinn, jetzt nach den Sünden der Vergangenheit zu forchten; es sei richtiger, alle Kräfte auf die Besserung der Finanzlage zu konzentrieren. Wir halten an der Sozialpolitik fest und lassen an ihren Grundgedanken nicht rütteln, weil sonst die Grundlagen für den Bestand des Reiches erschüttert würden. Wenn wir den verflochtenen Winter verhältnismäßig gut überstanden haben, so verdanken wir das in erster Linie unserer Sozialpolitik (Beifall). Der Minister nimmt dann den Polizeipräsidenten von Düssel gegen Versammlungsverbote aus Anlaß einer kommunizistischen Demonstration in Schutz und teilt mit, daß gegen eine Zeitung, die in diesem Zusammenhang den Polizeipräsidenten beleidigt hat, Straf-antrag gestellt worden sei.

Im Verlaufe der Parteiausführungen forderte Abg. Rufa (Dnt.) die Beilegung des jetzigen Regie-

ruungsstreits. Der Ministerpräsident antwortet, daß die Beilegung des Streits ein Ziel der Regierung sei. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die Rechte des Staatsbürgers zu gewährleisten. Die Beilegung des Streits ist ein Ziel der Regierung, aber sie ist nicht das einzige Ziel. Die Regierung wird sich für die Beilegung des Streits einsetzen, aber sie wird auch die Rechte des Staatsbürgers zu gewährleisten. Die Beilegung des Streits ist ein Ziel der Regierung, aber sie ist nicht das einzige Ziel. Die Regierung wird sich für die Beilegung des Streits einsetzen, aber sie wird auch die Rechte des Staatsbürgers zu gewährleisten.

ortliegende Gesetz bedeute einen Fortschritt auch hinsichtlich des Schutzes der Staatsbürger gegen Polizeivillkür. Abg. Biele (Dt. Hann.) wendet sich gegen die Vorlage. Sie beeinträchtigt die Rechte der kleinen Städte. Sie greife die Rechte der Sozialdemokraten zu Gunsten der Grundbesitzer. Die Reichsversammlung hat dieses Gesetz zu wenden, das die Staatsbürger nicht besser stabilisiert, ohne die Rechte des Staatsbürgers zu verletzen. Abg. Verhüll (Str.) tritt für die Vorlage ein und legt sich mit den Ausführungen des Abg. v. Egnern auseinander. Das neue Gesetz liegt nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch der Bürger, denen die Polizei zu dienen habe. Abg. Kell (S.) (Landvolk) erklärt, das vorliegende Gesetz berührt die Rechte des Landvolkes nicht, wenn es auch auf manchen Gebieten Fortschritte bringe.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. In der Einzelberatung wird das Wort nicht verlangt. In der dann fortgesetzten dritten Beratung des Haushalts nimmt

Ministerpräsident Brauns

das Wort. Wenn immer wieder behauptet wird, daß die preussische Verwaltung die Durchführung der Dörfliche genne oder verbünde, so muß ich diese Behauptung als ganz beweislose Verdächtigung auf das allerhöchste zurückweisen. Es handelt sich hier doch um ganz gewöhnliche Leistungen. So kann sich nicht föhne der Staat nur hergeben, wenn die Gewähr geboten sei, daß die Mittel sachgemäß angewandt würden. Die Verantwortung föhne die Regierung nicht von sich abwägen, wenn auch der einzelne Landwirt gelegentlich klage, daß er das Geld nicht schnell genug erhalte. Die Mittel stammen doch von der Allgemeinheit und sie dürfen nicht nutzlos vergeudet werden. Die Erfahrungen, die in der letzten Zeit der Dörfliche genne gemacht worden seien, machten zur Vorsicht (Sehr wohl! links).

Die Vertiefung des Geldmarktes und die Erschwerung des Kredits werden gesteigert, wenn aus politischen Gründen Mißtrauen gegen die preussische Finanzverwaltung gefüt werden.

Der Ministerpräsident wendet sich dann zu der Kritik an seiner Sportpalast-Rede: An dem sachlichen Inhalt meiner Ausführungen hat kein Gegner etwas aussetzen können. Ich werde bei künftigen sozialdemokratischen Kundgebungen jedoch nicht in der Verantwortung stehen, sie möchten recht viel schwarz-rot-goldene Fahnen zeigen, weil das von den Deutschnationalen und Volksparteier dringend gewünscht wird. (Große Heiterkeit.)

Beim Glat der Allgemeinen Finanzverwaltung verlangt Abg. Jochen (Dt. Frakt.) ein Vorgehen der Regierung als Aufsichtsbehörde gegen die finanzielle Mißwirtschaft in den Gemeinden.

Die Haushaltsberatung wird dann unterbrochen zur Vornahme der zurückgestellten Abstimmungen über das Polizeiverwaltungs-gesetz.

Bis auf den § 17, der die Zwangsmittel der Polizei zur Durchführung usw. behandelt, werden sämtliche Paragraphen in einer Abstimmung angenommen. Der § 17, über den auf deutschnationalen Antrag namentlich abgestimmt wird, findet mit 215 gegen 135 Stimmen Annahme. Am nächsten finden werden die Beschlässe zweiter Lesung durch die Abstimmungen zur dritten Lesung bestätigt. Angenommen wird lediglich ein Änderungsantrag der Regierungspar-teien zu § 20. Die Änderung befaßt, daß die vom Minister erlassenen Polizeiverordnungen der Zustimmung des Landtags bedürfen.

Die Schlußabstimmung ist auf Antrag der Kommunisten namentlich. Sie ergibt die Annahme des Gesetzes mit 236 gegen 155 Stimmen. Für das Gesetz haben außer den Regierungspar-teien die Wirtschaftspartei sowie ein Teil der Deutschen Fraktion gestimmt.

Gegen 17 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr, vertagt; außerdem Kroll-Vertrag.

Reichskabinett über die Genfer Tagung.

Neue Notverordnung Anfang Juni?

Berlin, 13. Mai.

Das Reichskabinett hat keine außenpolitischen Beratungen, die am Montag abgebrochen wurden, wieder aufgenommen. Es handelt sich hierbei ausschließlich um die Fortsetzung der Aussprache über die bevorstehenden Genfer Verhandlungen des europäischen Studienkomitees und des Völkervereinigungsrates, über die Dr. Curtius am Vortage eingehend berichtet hat.

Die Beratungen der Reichsregierung über die Sanierung des Reichshaushalts und der Sozialversicherungen werden erst nach Genf aufgenommen werden. Bis dahin sollen die zuständigen Ressorts ihre Vorbereitungen treffen. Es verlautet, daß der Reichskanzler die Absicht hat, zur Verabschiedung der auf diesem Gebiet geplanten Reformmaßnahmen die Zeit zwischen Pfingsten und der Abreise nach Chequers, die auf den 4. Juni angelegt worden ist, zu benutzen. In unterrichteten Kreisen rechnen man mit der Veröffentlichung einer entsprechenden Notverordnung namentlich für die ersten Tage des Juni, nachdem ursprünglich dafür Mitte Juni in Aussicht genommen war.